

28.02.2019 | Von: Lars Ruzic

Tendenzen Brexit

## Stress pur

Die Hängepartie um den Brexit zwingt hierzulande viele Unternehmen zu Vorsorgemaßnahmen und Notfallplänen - besonders in der Chemie- und Pharmabranche.

iStockphoto / aurielaki



Sie haben es irgendwie abgeknipst. Eigentlich hat die Insulin-Produktion bei Sanofi-Aventis in Frankfurt keine Luft nach oben. „Wir laufen rund um die Uhr, die Auslastung ist an der Oberkante“, sagt Beate Bockelt, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats. Und trotzdem ließ sich zumindest eine kleine Reserve für die Briten finden. Für acht Wochen garantiert Sanofi nun im Fall eines unregelmäßigen Brexits die Versorgung des Königreichs mit ihrem Diabetes-Mittel.

Üblich sind drei Wochen. Mehr sei beim besten Willen nicht drin. „Das müssten wir dann anderen Ländern wegnehmen“, erläutert Bockelt. Das Ganze ist gerade bei Insulin nicht ohne Brisanz. In der Regel wird ein Patient auf ein Präparat eingestellt. Einen Wechsel sehen die Fachärzte äußerst ungern, wegen unklarer Risiken und Nebenwirkungen.

Die Frankfurter sind mit ihren Vorsichtsmaßnahmen nicht allein. In ganz Europa und über fast alle exportabhängigen Branchen haben sich die Unternehmen für einen „No Deal“ zwischen Großbritannien und der EU gerüstet, also einen unregelmäßigen Ausstieg zum 29. März. Zu groß die Sorge, dass plötzlich umfangreiche Zölle, Zollprozeduren, Registrierungs- und Zulassungsnotwendigkeiten die Lieferketten reißen lassen könnten. Abteilungen. „Die Kolleginnen und Kollegen müssen derzeit jede Menge Vorarbeit leisten“, berichtet die Gesamtbetriebsratsvorsitzende. Das Problem: Ein „harter“ Brexit würde Chemie- und Pharmabranche besonders treffen. Sie hätten nicht nur mit Logistik- oder Zollproblemen zu kämpfen, weil die Briten dann nicht mehr Teil des Binnenmarkts sind. Sie müssten mitunter auch lange eingeführte Chemikalien und Rezepturen neu zulassen. Beispielsweise dürften dann chemische Stoffe, die im Vereinigten Königreich für den Vertrieb in der EU registriert wurden, auf dem europäischen Festland nicht einfach weiterverkauft werden.

Der Verband forschender Arzneimittelhersteller warnt schon vor einem „Stresstest für das Gesundheitssystem“. Die Unruhe in der Branche ist auch deshalb so groß, weil die EU-Aufsicht und -Prüfung von Medikamenten ihren Sitz bislang in London hatte. Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA siedelt derzeit gerade nach Amsterdam um. In der Chemie kommt die EU-Verordnung REACH hinzu, mit der die Zulassungen EU-weit harmonisiert wurden. Der Branchenverband VCI hat die EU-Kommission deshalb bereits aufgefordert „so schnell wie möglich spezielle Übergangslösungen für den Industriezweig mit der größten Wertschöpfung in der EU zu erstellen“.

Die deutsche und die britische Volkswirtschaft sind traditionell eng verwoben. Das Königreich ist der viertgrößte Exportmarkt für deutsche Unternehmen. Ausfuhren von mehr als 84 Milliarden Euro stehen Importen von mehr als 37 Milliarden Euro gegenüber (siehe Grafik unten). Branchen wie Chemie, Pharma oder auch Kautschuk und Kunststoff - allesamt Industrien der IG BCE - sorgen sich um einen ihrer wichtigsten Märkte. Sie alle stellen auch wichtige Spieler in der automobilen Wertschöpfungskette. Jedes fünfte in Großbritannien verbaute Autoteil stammt aus deutscher Produktion, das Land ist für die heimischen Zulieferer der größte Absatzmarkt in der EU. Eine Studie der Berater von Deloitte sagt deutschen Zulieferern im Fall eines harten Brexits einen Umsatzeinbruch von einem Viertel voraus und sieht hierzulande 14000 Jobs in der Branche in Gefahr.

Für die Briten sehen die Prognosen weitaus düsterer aus. Dort hat der Branchenverband der Autobauer bereits „Alarmstufe Rot“ ausgerufen. Schon jetzt sei enormer Schaden bei Produktion, Investitionen und Arbeitsplätzen angerichtet worden. Eine britische Airline hat wegen des Brexits Insolvenz beantragt. Ihr seien aufgrund der andauernden Unsicherheit wertvolle Verträge entgangen. Der EU-Ausstieg der Briten treibt offenbar auch viele Verlagerungspläne an. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages erwägt aktuell jedes achte deutsche Unternehmen mit Geschäften im Vereinigten Königreich, seine Investitionen auf andere Märkte zu verlagern - größtenteils nach Deutschland und in andere EU-Länder.

Anfang 2018 hatte nur jeder zwölfte Betrieb von entsprechenden Vorhaben berichtet. Im Chemie- und Pharmabereich gibt es diesen Aderlass schon länger. Sanofi beispielsweise schließt seit Jahren Werke auf der Insel, nicht erst seit dem Brexit. Eine Produktionsanlage hat der Konzern beispielsweise in Großbritannien ab- und in Frankfurt wieder aufgebaut. Sowohl die britischen Gewerkschaften als auch die britische Industrie haben stets vor einem harten Brexit gewarnt. Umso stärker wird das Kopfschütteln über die Politik, je mehr Tage sie ohne Entscheidung vergehen lässt.

Auch Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE und Präsident des europäischen Industriegewerkschaftsbundes IndustriALL, betont, dass ein „No Deal“ weder im Interesse der Befürworter noch der Gegner eines Austrittes ist. „Die Leidtragenden eines unregelmäßigen Brexits würden in erster Linie die Arbeitnehmer im eigenen Land sein.“ Die politisch Verantwortlichen trügen die Verantwortung für eine unnötige Schwächung der britischen Wirtschaft und britischer Arbeitsplätze. „Das ist ein schwerwiegendes Versagen zulasten der Menschen in Großbritannien.“

---

© 2019 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt  
IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Amalienstr. 14 | D-26135 Oldenburg

Telefon:&nbsp;0441-4088910 | Telefax:&nbsp;0441-408891-17  
E-Mail: [bezirk.oldenburg@igbce.de](mailto:bezirk.oldenburg@igbce.de)